

## Anstelle eines Vorworts

„Leicht ist es, politische Möglichkeiten zu erdenken, Beobachtungen zu machen, das faktisch Geschehende zu beurteilen. Schwer aber ist es, politisch zu verwirklichen. Der Schriftsteller darf die höchsten Maßstäbe aufstellen und Entwürfe konsequent durchdenken. Der Staatsmann muss in der Realität den Weg gehen und die Mittel ergreifen, die ihm unter der Führung seiner politischen Grundkonzeption möglich und wirksam erscheinen. Vor dem mächtigen Strom der Geschichte steht der denkende Schriftsteller nur wie am Ufer. (...)

Meine Darlegungen können absurd erscheinen. Sie sprechen aus, was bei allen deutschen Politikern, wenigstens in dem, was sie öffentlich sagen, als unmöglich gilt. Die Konzeption dieser Schrift ist in der Tat mit der gegenwärtigen Politik aller Parteien nicht vereinbar. Von ihnen die Umkehr der Grundauffassung zu fordern, erscheint als private Spielerei und als Anmaßung. Eine Rechtfertigung kann nur in der inneren Kohärenz der Gedanken und der Grundsätze liegen, die sich aus der weltpolitischen Situation für den Freiheits- und Friedenswillen ergeben. (...)

Ich sehe einen pseudopolitischen Betrieb, der dem Ernst politischen Willens, wenn dieser nur auftritt, nicht widerstehen könnte.

Wenn ich auch nicht die einzige Wahrheit vertrete, so möchte ich doch, daß das, was ich vorbringe, als ein Ganzes vor Augen stehe, mit gedacht und geprüft werde. Ich habe die Hoffnung, solche Gedanken könnten einmal Realität gewinnen.“

Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik?*  
München 1966, Vorwort.

„Falls Europa erwacht: dann wird die absurde und lustlose Nachahmung der Vereinigten Staaten von Amerika durch die Vereinigten Staaten von Europa des Straßburg-Brüssel-Typs sich in kürzester Zeit erschöpfen. (...) statt dessen würde eine neue Achse Berlin – Brüssel – Paris zu einer Kraftlinie, um die ein großeuropäischer Staatenbund oder ein Bund aus Bündnen sich fortschreitend auskristallisiert. (...) Zu dieser Geste wird aber nur ein Kontinent bereit sein, der seiner politischen Einbildungskraft eine institutionenschöpferische Geste von epochaler Natur zutraut (...) Daher haben wir heute Grund zu der Behauptung, dass europäische Visionen-Politik die Politik Europas selbst bedeutet.

Der Name Europas nennt eine Weltgegend, in der auf unverkennbar eigentümliche Weise nach der Wahrheit und nach der Güte des Lebens gefragt worden ist. Auch in modernen Zeiten werden Europäer nie ganz aufhören können zu glauben, dass ein Recht auf Erfolg auf Dauer nur dem Richtigen und Menschenwürdigen zukommt. Nicht zufällig bringen sie in ihren Begriffen von Wissenschaft, Demokratie, Menschenrechten und Kunst etwas von ihrer charakteristischen Wahrheitsidee zum Ausdruck. (...) In dieser Herausforderung, an der sich gute Europäer selber messen, hat die europäische Passion ihren unvordenklichen Brennpunkt.

Mit Recht hat man Europa die Mutter der Revolutionen genannt; eine tiefere Definition würde Europa als den Herd der Revolte gegen das menschliche Elend bezeichnen. Sobald Europa erwacht, kehren Wahrheitsfragen in die große Politik zurück.

Heute schuldet die europäische Intelligenz sich ein Beispiel dafür, dass eine Politik im Großen jenseits des Imperiums und jenseits der imperialistischen Verachtung möglich ist. Die Brüsseler Vorherrschaft über Großeuropa steht vor der Entscheidung, ob sie in einen mehr oder weniger offenen Imperialismus übergehen will (...) oder ob es begreift, dass seine Chance in der Übertragung des Reichs auf ein Nicht-Reich, eine Union politischer Einheiten, liegt.“

Peter Sloterdijk, *Falls Europa erwacht*,  
Frankfurt/Main 2002, 53-59.

# **Teil I: Eine systemische Gesamtsicht**

## **Die Scheinalternative: mehr oder weniger Europa<sup>1</sup>**

---

<sup>1</sup> Dieser Einleitungsteil erschien in einer ersten Fassung zuerst unter dem Titel *Darf's etwas mehr oder weniger Europa sein? Zur Auflösung einer allzu beschränkten Alternative*, in: *Zeitgeist-online* (15.11.2012).



„Allein in letzten Jahr ist, laut neuesten Umfragen, die Zahl der EU-Befürworter um nicht weniger als 15 Prozent gesunken, von 60 auf 45 Prozent. Hinter allen finanziellen Defiziten verbirgt sich ein mindestens ebenso großes Defizit, und auch diese Schulden sind eine tickende Zeitbombe. Doch ich fürchte, die gebräuchlichen demokratischen Mittel reichen dazu nicht aus.“

(Geert Mak, Mehr Luft, Raum, Fantasie, in: DIE ZEIT 2/2014, 41)

### **Die aktuelle Fragestellung**

Gleich, ob man die gängigen Zeitungen liest oder deren zusammenfassende Pressestimmen hört, ob man sich auf Bücher wie das 2012 erschienene mit dem schlichten Titel *Für Europa* von Daniel Cohn-Bendit und Guy Verhofstadt einlässt<sup>1</sup>, ob man politische Bildungshäuser, und nicht allein die der Grünen besucht, stets schallt einem der Refrain entgegen: Wir brauchen mehr Europa. Die Zeit der Nationalstaaten ist vorbei.

Finanzminister Schäuble will ebenfalls „mehr Europa“ in Gestalt eines europäischen Kommissars, der künftig die Haushalte der Mitgliedsländer auf ihre Vereinbarkeit mit dem Lissabon-Vertrag und den letzten Resolutionen mit den rätselhaften, nicht gerade allgemein verständlichen Namen ESF (Europäischer Sozialfonds) und ESMF (Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus) überwacht.

Stimmt die Richtung? Ist sie gar alternativlos? Oder haben die Euroskeptiker Recht, die in Europa einen bevölkerungs- und

---

<sup>1</sup> Daniel Cohn-Bendit/Guy Verhofstadt, *Für Europa. Ein Manifest*, München 2012 (Hanser).

demokratiefremden Moloch, eine „EUdSSR“ unter der Fuchtel der internationalen Hochfinanz heranwachsen sehen? Haben ferner diejenigen Recht, die ein „Europa der Regionen“ fordern, seien es die separatistischen Bestrebungen der Schotten, der Katalanen, der Basken, der Flamen, womöglich gar der Bayern, seien es diejenigen, die darüber hinaus eine rigorose Regionalisierung der Nationalstaaten anstreben – im Sinne einer neuen Kleinstaaterei, die in Mitteleuropa noch gar nicht so lange überwunden ist?

### **Die Finanzkrise als Gläubiger-Krise**

Es geht mir in diesem Buch nicht primär um die viel besprochene Finanzkrise. Nur so viel schon zu dieser: Sie ist eine Schuldenkrise, deutlicher gesagt, eine Gläubigerkrise. Denn zu jedem Schuldner gehört ein Gläubiger, der vom Schuldenmachen der anderen profitiert, vermittelt des Zinses und Zinseszinses. Dieser Aspekt, dass durch den Zinseszinsmechanismus unvorstellbar große arbeitslose Einkommen alimentiert werden, dass dadurch die soziale Schere auf nationaler wie internationaler Ebene notwendig weiter auseinander geht, dass die Gläubiger-Milliardäre nicht als barmherzige Nothelfer in der Krise, sondern als Hauptprofiteure anzusehen sind, deren Rendite (ein Lohn für das „arbeitende“ Kapital) von den arbeitenden Menschen real erwirtschaftet werden muss, dieser Aspekt wird selten thematisiert, fast nie in seiner ganzen Dramatik in der so genannten bürgerlichen Presse.

Ich bezweifle, dass der Ausdruck „Bankenkrise“, auch wenn er bereits zutreffender ist als „Finanzkrise“, hinreichend diesen Kern der Sache trifft. Denn die Banken sind großenteils selbst nur die Sachwalter der Gläubiger. Es fehlt ein genauer zahlenmäßiger Einblick, wieweit die Guthaben sich aus vielen kleinen Sparern zusammensetzen, wie gern zur Abwiegelung suggeriert wird, oder wie weit sie aus den besagten Riesenvermögen von weltweit viel-

leicht 400 Superreichen bestehen und wieweit aus Einlagen der einfachhin Reichen.<sup>2</sup>

Dass es hier an hinreichender Aufklärung fehlt, hat Methode. Es ist die Methode eines untergründig geführten Interessen-, ja immer noch Klassenkampfes, an dessen Verschleierung die Parteien der „Mitte“ sowie die „politische Klasse“ offensichtlich ein merkwürdiges Interesse haben. Doch warum liefern auch die Kritiker des Finanzmarktes kaum diesen wichtigen Einblick in das Gläubigerwesen und seine Struktur? Warum werden die unvorstellbar hohen leistungslosen Einkommen einer mächtigen Geldelite, die mit Leistung nichts zu tun haben, von der Weltöffentlichkeit und ihren Führern geduldet?

Die Geldreformer Gesellscher Prägung orientieren sich in ihrer Kritik am Modell des Hortens, des Zurückhaltens von Geld. Das Geld erweise darin seine Überlegenheit über die Waren, dass man es leicht und endlos lange aufbewahren kann, und dies mache diejenigen erpressbar, die mit verderblichen Waren handeln bzw. auf sie sofort angewiesen sind. Dagegen vernachlässigen sie den Gedanken des „arbeitenden“ und mitarbeitenden Geldes, der doch heute die herrschende Begründungsideologie für das investierte, also stets optimal in Umlauf gepumpte und gerade nicht zurückgehaltene Kapital ist. Dieses Kapital „arbeitet“ gemäß der kapitalistischen Ideologie, und deshalb verdiene es einen Lohn. Der  $\rightarrow$ Zins, harmlos als „Preis des Geldes“ bei Darlehn definiert, ist aber besonders bei höheren Darlehnsbeträgen, wesentlich Rendite, also Lohn für das „arbeitende“ Kapital, nicht etwa bloß eine Gebühr für den „Verzicht“ des Milliardärs und Millionärs auf sofortigen Konsum, auf so genannte Liquidität.<sup>3</sup> Dass es au-

---

<sup>2</sup> Dazu sehr aufschlussreich: Harald Schumann, *Staatsgeheimnis Bankenrettung*: <http://videos.arte.tv/del/videos/staatsgeheimnis-bankenrettung--7303166.html>.

<sup>3</sup> Vgl. vom Verf., *Sprung aus dem Teufelskreis. Sozialethische Wirtschaftstheorie*, München <sup>2</sup>2005 (Steno), Kap. 13 „Kann Geld doch arbeiten?“. – Das Buch stellt eine sympathisierende Auseinandersetzung mit Silvio Gesell und seinen heutigen Nachfolgern dar, die hier nicht wiederholt werden kann. Für weiterführende Literatur zu dieser wichtigen, vielleicht nach einigen

ßer der menschlichen Arbeitskraft und den Rohstoffen (der „Erde“, der Natur) noch einen dritten Produktionsfaktor gebe, der „mitarbeite“, nämlich das Kapital, wie die klassische Ökonomie lehrt, bedarf wohl der gründlichen Revision, will man der Falle des Zinseszinsystems entkommen. Doch diese Gedankenlinie soll in diesem Rahmen, wo es um Europa geht, nicht weiter verfolgt werden.

### **Das europäische und das nationale Demokratieproblem**

Das oben schon gefallene Stichwort „Parteien“ führt auf das europäische Demokratieproblem. Es handelt sich auch und gerade nach dem Lissabon-Vertrag – 2007 unterzeichnet als Ersatz für die Europäische Verfassung und 2009 in Kraft getreten – um ein offensichtliches Problem, weil das europäische Parlament gegenüber der Kommission, dem Europäischen Rat der Regierungschefs sowie dem Ministerrat wenig zu sagen hat, weil Europa also eine höchst indirekte, wenn überhaupt schon eine Demokratie darstellt, nachdem es noch keinerlei *sachbezogene* europäische Wahlen gibt, denen die Wähler wirkliches, womöglich leidenschaftlich engagiertes Interesse abgewinnen könnten. Darin haben die zahlreichen Kritiker des europäischen Parlamentes sicher Recht. In Wahrheit haben die Wähler bei Europawahlen allenfalls Interesse daran, ihre jeweiligen nationalen Parteien zu stärken.

Doch wie steht es innerhalb der nationalen Demokratien um den Sachbezug der Wahlen? Es wird allgemein verdrängt, dass die Wähler, je länger von den ursprünglichen, noch sehr weltanschaulich geprägten Nachkriegsparteiblöcken entfernt, desto mehr stets im Dilemma stecken: Eine Partei ist z. B. in Umweltfragen kompetent, doch nicht gleichermaßen in den Wirtschaftsfragen, in den Sozialfragen, geschweige denn in Einwanderungs-

---

Korrekturen heute vor dem Durchbruch stehenden Strömung sei auf die dortigen Literaturangaben verwiesen. – Alle Literaturangaben ohne Autorennamen stammen vom Verfasser. Die Pfeile machen auf definitionsartig eingeführte Begriffe aufmerksam.



fragen, worin kulturelle Aspekte endlich maßgebend werden müssten, ebenso wie in den Fragen des Bildungs- und Wissenschaftssystems.

Der Wähler kann seine Stimme (in Deutschland) bestenfalls splitten, also auf Erst- und Zweitstimme verteilen. Das ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, was den Sachbezug der Entscheidungen angeht. Auch sogenanntes Kumulieren und Panaschieren sind vergleichsweise verspieltes Kurieren an Symptomen und führen keineswegs aus dem grundsätzlichen Parteiendilemma heraus: Die Parteien sind Machtblöcke geworden, die mit gezielten Sachabstimmungen weniger als je zu tun haben. Sie sind längst nicht mehr Problemlöser, als die sie sich so gern ausgeben, als vielmehr selbst ein Hauptproblem für die Demokratie. Ihr verfassungsmäßiger Auftrag zur Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes (Art. 20,1 GG) verkehrte sich längst in eine Herrschaft über jede solche Willensbildung. Sie haben sich „den Staat zur Beute gemacht“, wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seinem Eintritt in den Ruhestand zu sagen wagte. Schwamm drüber?

Mit diesem *Parteienproblem* hängt die weithin erkannte und leider weitgehend akzeptierte Dominanz der Wirtschaft und damit des Geldes in unseren Gemeinwesen zusammen. Ist solche *Wirtschaftsdominanz* – „Geld regiert die Welt“ – wirklich naturgegeben und unvermeidlich? Oder etwa skandalös undemokratisch? Denn entweder regieren das Volk und mit ihm hoffentlich zugleich die Grundwerte – *oder* das Geld!

### Ein Stückchen Systemtheorie

Ich habe in früheren Büchern<sup>4</sup> und Artikeln unter dem Motto „Eine andere Demokratie ist möglich“ einen Demokratieentwurf

---

<sup>4</sup> Zuletzt: *Revolution der Demokratie. Die Synthese von direkter und parlamentarischer Demokratie*, 2014 (Neuaufgabe der Ausgabe von 2003). – Meine erste systemtheoretische Abhandlung *Reflexion als soziales System. Zu einer Reflexions-Systemtheorie der Gesellschaft* erschien 1976 (Bonn), überarbeitet als *Logik des Sozialen. Woraus Gesellschaft entsteht*, München

vorgelegt, der auf systemtheoretischer, genauer: reflexions-systemtheoretischer Grundlage beiden genannten Grundproblemen, dem Problem der Parteienherrschaft wie der Dominanz des wirtschaftlichen Subsystems, Rechnung trägt, indem für die vier, reflexiv aufeinander aufbauenden Subsysteme

1. Wirtschaft (mit dem formellen Medium Geld)
2. Politik (im engeren Sinne der Macht- und Kompetenzenverteilung mit dem formellen Medium Recht)
3. Kultur (mit dem Medium Sprache bzw. der Meta-Sprache Kunst)
4. Grundwerte (mit dem Medium Wertaxiome und Riten)

eigene *parlamentarische Kammern in voneinander unabhängigen und zeitlich versetzten Wahlen* gebildet werden: Jedes Jahr eine Wahl über einen dieser großen Wertbereiche. Bei diesen dürfen nur Einzelkandidaten bzw. Vertreter von bereichsspezifischen *Sachparteien* antreten. Die bisherigen Allzuständigkeitsparteien werden durch ein Wahlgesetz aufgelöst, das die bisherige Kartellbildung von Parteien, die alle Themen übergreifen, verbietet. Zustande kommt auf diese Weise *eine innere Synthese von direkter und parlamentarischer Demokratie*, von Sachbezug und Vertrauensdelegation.

Völlig illusorisch sind Sachabstimmungen über jede einzelne wichtige Frage im Sinn einer *einseitigen* direkten Demokratie. Demokratie beruht keineswegs nur auf dem Mehrheitsprinzip (1.), sondern ebenso auf Vertrauensübergabe, also Delegation (2.), ferner auf der Beratung kompetenter Vertrauensleute (3.), und diese im Unterschied zu bloß punktuell oder gar von Gnaden der Allroundparteien gebildeten Expertengremien (Kommissionen). Eine künftige Demokratie wird ferner (4.) auf der institutionellen Unterscheidung jener großen Werte-Ebenen aufzubauen haben, mit denen es jedes Gemeinwesen und jede Politik zu tun

---

2005 (Steno). Sie stellt eine Weiterführung der Theorie sozialer Systeme von Talcott Parsons (1901-1979) dar, die durch den Gedanken der systembildenden interpersonellen Reflexion und ihrer Stufen fundiert und korrigiert wurde.

haben. → *Politik als ganze* (also im weiten Sinn, im Unterschied zu dem oben angeführten engeren Politik-Begriff) lässt sich als Wertemanagement verstehen. Sie sollte heute so verstanden werden und nicht als bloßes Machtmanagement. Gesamtnationale Volksabstimmungen, bei denen die Abhängigkeit von den Wortführern stets idealisierend unterschlagen wird und die meist auf einfache Ja-Nein-Alternativen hinauslaufen, könnten bestenfalls zur Durchsetzung der hier angezielten, neuartigen Synthese von parlamentarischer und direkter Demokratie dienen.

Der sehr verbreiteten, pauschalen Kritik am Parlamentarismus sowie dem Ausweichen ins Illusorische einer einseitig direkten Demokratie wird hiermit also ein nach den systemischen (reflexionstheoretisch begründeten) Wertstufen gegliederter, somit ein sprunghaft weiter entwickelter Parlamentarismus entgegengesetzt. Unhaltbar ist die derzeit oft sehr gedankenlos und leichtsinnig vorgenommene Entgegensetzung von *Zivilgesellschaft und Parlament*: Entweder artikuliert sich nämlich die Zivilgesellschaft in den Abgeordneten des Parlamentes selbst – oder man könnte den Parlamentarismus in der Tat vergessen und nur noch als halbstaatliches Rekrutierungs- und Selbstvergewisserungs-, vulgo Abnick-Gremium der Regierungsexekutive verstehen. An dieser Stelle geht es mir nicht um weitere staats- und demokratietheoretische Vertiefung und Begründung – dafür muss auf das genannte Demokratiebuch verweisen werden<sup>5</sup> – noch um die Diskussion der praktischen Einzelheiten auf Bundesebene, sondern einzig um die überragende Bedeutung eines solchen nach Wertstufen gegliederten Parlamentarismus, dementsprechend *eines nach seinen Subsystemen differenzierten Gemeinwesens* für Europa.

---

<sup>5</sup> Kurzfassungen in Artikelform finden sich auf [www.johannesheinrichs.de](http://www.johannesheinrichs.de), auch auf [www.info-denkfabrik.de](http://www.info-denkfabrik.de) sowie [www.netz-vier.de](http://www.netz-vier.de).

## Die Vision eines nach den Systemebenen gegliederten Europas

Meine These lautet: Die Unterscheidung der Subsysteme ist nicht allein auf nationaler und regionaler Ebene für den jeweiligen Parlamentarismus und somit für eine weiterentwickelte Demokratie unerlässlich, sondern für die Weiterentwicklung Europas geradezu lebensnotwendig. Ihr Fehlen bildet den unerkannten Kern der nun schon jahrelang manifesten Krise Europas, nicht allein des Euros.

Die meisten der oben angeklungenen Antinomien und Interessengegensätze werden auflösbar bzw. kommen erst dann sachgemäß zur Sprache, wenn unterschieden wird:

1. Europa als Wirtschaftsgemeinschaft
2. Europa als politisch-rechtliche Gemeinschaft
3. Europa als kulturelle Einheit-in-Vielheit
4. Europa als Grundwertegemeinschaft<sup>6</sup>

Auf jeder dieser Ebenen gibt es erhebliche Entscheidungsalternativen, also Freiheitsgrade der Ausgestaltung. Bevor diese erläutert werden, gilt es, den Grundgedanken eines solchen Europas mit verschiedenen „Geschwindigkeiten“, schärfer ins Auge zu fassen. Gemeint sind hier nicht geografische Abstufungen des Mitmachens bei europäischen Unternehmungen, sondern vielmehr: *verschiedene Strukturgesetzmäßigkeiten dieser Ebenen von Europa*. Wenn bisher von verschiedenen Geschwindigkeiten in der EU die Rede war, wurden stets regionale, umfangsmäßige Kreise in Betracht gezogen: Einzelne Länder sollten einem engeren Kreis angehören wie derzeit schon die Euroländer, andere einem weiteren Kreis. Dergleichen ist auch bei den folgenden Überlegungen nicht ausgeschlossen.

---

<sup>6</sup> Die Unterscheidung dieser Subsysteme und deren Begründung sind wesentlicher Teil der Reflexions-Systemtheorie, wie sie in dem schon genannten Buch enthalten ist. Dies gilt für alle Grundbegriffe, die hier nicht erneut ausführlich erläutert werden. Der Akzent soll auf diesmal auf dem praktischen Anwendungsbezug auf europäischer Ebene liegen.

Doch handelt es sich um etwas grundlegend Verschiedenes, wenn hier von verschiedenen Strukturgesetzmäßigkeiten die Rede ist: Diese beziehen sich auf die Sub- oder Teilsysteme Europas, auf die genannten Subsysteme oder, mit diesen gleichbedeutend, Wertstufen: Die wirtschaftliche Einheit Europa *muss* eine ganz andere sein als die politische und die kulturelle, und diese wiederum eine andere als die europäische Grundwertegemeinschaft. Diese Ebenen zu vermischen, führt zu der riesigen Sprach- und Begriffsverwirrung, in der wir uns derzeit befinden. Eine Verwirrung, die von den Mehrheitsmedien erstaunlicherweise nicht weniger gepflegt wird als von den gehetzten und allzu pragmatischen Berufspolitikern. Diese können es nicht besser wissen als die Publizisten und diese nicht besser als die Wissenschaftler, die nicht unter täglichem Entscheidungs- und Konkurrenzdruck für ihr Handeln stehen, sondern allein optimaler Erkenntnis verpflichtet sein sollen.

### **Wirtschaftsgemeinschaft oder die Doppelbewegung von Europäisierung und Regionalisierung**

Die EU hat als Wirtschaftsgemeinschaft begonnen, zuerst mit der Montanunion, dann als EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), dann als EG. Zwar war es durchaus die erklärte Absicht der Gründergeneration, auch eine gewisse politische Gemeinschaft, vor allem in Sinne des Friedens unter den vorher kriegführenden europäischen Nationen, herzustellen. Doch ging man das Ganze von der Wirtschaft her an. Eine systemtheoretische Unterscheidung der Ebenen Wirtschaft und Politik lag damals noch keinem im Sinne. Heute aber müssen wir bewusst diese, mindestens diese Unterscheidung treffen.

Die bloß duale Unterscheidung von Wirtschaft und Politik reicht allerdings nicht aus. Denn die *→Politik im weiteren Sinn als Gemeinwesenorganisation und -gestaltung* umgreift auch die Wirtschaft, die Wirtschaftspolitik. Dieser weite Politikbegriff umfasst ferner ebenso die Gestaltung der Kultur und die Verwirklichung der Grundwerte wie den *engeren Politikbegriff*, zu dem

Innenpolitik (als Rechtspolitik), Außen- und Friedenspolitik gehören. Der enge Politikbegriff (Macht- und Kompetenzenregelung) zielt nur eine bestimmte Ebene (ein Subsystem) des Gemeinwesens an, die wir von der Wirtschaft unterscheiden können. Diese wurde oben als zweite genannt. Es ist wichtig, die beiden Politikbegriffe zu unterscheiden.

Ihnen gemeinsam ist, dass ihr Medium das  $\rightarrow$ Recht als mehr oder weniger gerecht geordnete Kanalisierung von Macht ist. Das ganze moderne Gemeinwesen ist heute Rechtsstaat, was dem weiten Politikbegriff entspricht. Er umfasst alle oben genannten vier Subsysteme (von der Wirtschaft bis zu den Grundwerten). Doch die Durchsetzung von Rechten in Bezug auf Territorium (Eigentumsrechte), innere Sicherheit (Zivil- und Strafrecht), äußere Sicherheit und Außenbeziehungen sowie die Verfassung ist Sache der Rechts-Politik im engeren Sinne.

Was ist nun gemeint, wenn vom Ausbau Europas als „politischer“ Einheit die Rede ist? Fast immer *Wirtschaftspolitik*. Es wird selten klar gesagt, dass hiermit *nur eine Ebene* von Politik im weiteren Sinn angesprochen ist. Allein diese begriffliche Unklarheit schafft unzählige vermeidbare Missverständnisse und Emotionen – erst recht, wenn zusätzlich untergründig die Nationen als kulturelle Einheiten mit ins Spiel kommen. Wenn immer die Rede von „gemeinsamer europäischer Politik“ ist, müsste sofort nach Klarheit gerufen werden: Ist Wirtschaftspolitik oder Politik im engeren Sinn von Rechtspolitik, Außenpolitik und Friedenspolitik gemeint – oder gar Kulturpolitik (die in Deutschland auf Bundesebene bezeichnenderweise teils der Zusatzkonstruktion „Kulturstaatsminister beim Bundeskanzleramt“, teils dem Auswärtigen Amt unterstellt ist)?

Doch haben wir mit der Definition und den Alternativen der Wirtschaftspolitik für sich allein derzeit nicht schon genug zu tun? Kann diese hingegen entscheidend vorankommen, wenn dergleichen Vermischungen stattfinden, wenn die einen von Wirtschaftspolitik zu sprechen scheinen, die anderen von Politik schlechthin? Die Frage ist doch gravierend genug: Wie viel ge-

meinsame Wirtschaftspolitik, einschließlich Sozialpolitik (Arbeitsmarktpolitik), Steuer- und Finanzpolitik brauchen wir in Europa? Wirtschaftskenner wie Wilhelm Hankel haben vor Einführung des Euro klar davor gewarnt, in eine Währungsgemeinschaft zu treten ohne die in diesem Sinne politische, d. h. wirtschaftspolitische Vereinheitlichung herbei geführt zu haben. Seine und seiner Kollegen Voraussagen haben sich – nach einer Zeit der ersten Blüte des Euro – mehr als bestätigt. Freilich wäre es hilfreich gewesen, damals schon „Politik“ klar auf die Wirtschaftspolitik in diesem Sinne zu begrenzen. W. Hankel hat sich im Vorwort zu meinem *Sprung auf dem Teufelskreis* (2005) deutlich zum Konzept der Wertstufung, der Differenzierung der Systemebenen, bekannt.

Es soll in diesem Einleitungsteil nicht diskutiert werden, inwiefern unter den Voraussetzungen einer einheitlichen Wirtschaftspolitik Europas die so genannten Eurobonds gerechtfertigt wären. Immerhin handelt es sich nicht, wie dies meist dargestellt wird, unmittelbar um die Übernahme der Schulden Griechenlands oder anderer Länder, sondern lediglich um gemeinsame Zinskonditionen für Staatsanleihen. Diese Diskussion wäre an dieser Stelle viel zu speziell, wo es zunächst um ein umfassendes Konzept für Europa geht.

Eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik scheint Voraussetzung für die gemeinsame Währung zu sein. Also den Euro wieder abschaffen oder aber die nationalen Grenzen, zumindest in Bezug auf die Wirtschaft?

Bevor wir uns auf diese Entweder-oder-Alternative einlassen, sollten wir uns ernsthaft an das viel beschworene und ach so selten befolgte →*Subsidiaritätsprinzip* erinnern: Die umfassenderen Einheiten dürfen nur aktiv werden, sofern die unteren Einheiten eine Angelegenheit nicht allein regeln können.

Eine wirtschaftliche Vereinheitlichung Europas ist nur verantwortlich und wünschenswert, wenn diese mit zugleich einer entschiedenen und effektiven Stärkung des regionalen Wirtschaft-

tens einhergeht, also mit der Befolgung des Subsidiaritätsprinzips in wirtschaftlicher Hinsicht. Die wirtschaftliche Subsidiarität aber ist der neoliberalen, neokapitalistischen Art von Globalisierung, der hemmungslosen Freizügigkeit von Kapital und der Zerschlagung eigenständiger Volkswirtschaften, geschweige denn regionaler Wirtschaftsräume, strikt entgegengesetzt! Hier stoßen wir auf den Kern der sogenannten Finanzkrise von der Seite der ungehemmten Freizügigkeit der Finanzflüsse, die mit der Akkumulationsfähigkeit des Kapitals durch den Zinseszinsseffekt Hand in Hand geht.

Es kann schon hier festgehalten werden: Nur wenn das Kapital wieder volkswirtschafts- und regionalwirtschaftsfähig wird, kann auf der anderen Seite die wirtschaftliche Vereinheitlichung Europas vernünftigerweise befürwortet werden. Vereinheitlichung müsste dann – paradoxerweise – *einheitliche Ermöglichung gerade eines regionalen Wirtschaftens* bedeuten, welches die Naturkreisläufe berücksichtigt. Dies ginge – selbst bei einem unwahrscheinlichen Zurückgehen auf nationale und sogar regionale Währungen! – nur durch rechtlich verbindliche Regeln für das Kapital, also bei Regulierung der Kapitalflüsse durch Eingreifen des Rechtsstaates. Der „freie Markt“ war immer schon ein rechtlich geregelter. Er ist etwas politisch Herzustellendes – oder die lügenhafte Fiktion eines Raubtierkapitalismus.

Die neoliberale Durchkapitalisierung Europas unter dem Vorwand von Verwaltungsreformen in Griechenland ist es nicht, wozu sich Deutschland weiterhin zum Büttel machen sollte (sofern manche seiner Politiker nicht bewusst selbst die Sache eines menschenfeindlichen Neokapitalismus betreiben). Vielmehr sollte sich Deutschland an die Spitze einer regionalen Wirtschaftsweise stellen, die ökologisch verantwortbar und menschenfreundlich ist – im Gegensatz zur ungebremsen Freiheit des Kapitals. Auch die halbherzig eingeleitete Energiewende hat ja zum Kern nicht allein erneuerbare, sondern möglichst dezentrale Energieformen. Sie sollte also eigentlich ebenfalls auf die Stärkung regionalen Wirt-



schaftens hinauslaufen, nicht unbedingt auf vermehrte Überlandleitungen.

Die Kritik am Kapitalismus als dem Prinzip des sich selbst vermehrenden und seinen leistungslosen Lohn fordernden Kapitals – im Unterschied zu einer freien Marktwirtschaft unter rechtlich-politischen Rahmenbedingungen! – sowie der Gesichtspunkt einer sinnvollen Dialektik, das heißt hier *Doppelbewegung von Europäisierung und Regionalisierung* kann nicht ausdiskutiert werden, bevor zunächst der Bogen eines europäischen Gesamtkonzeptes mit allen vier Ebenen ausgezogen worden ist.

### **Europa als rechtlich-politische Gemeinschaft**

Zur rechtlich-politischen Ebene des Gemeinwesens gehören nach reflexionstheoretisch geleiteter Systematik: 1. Territorial- und Boden-, damit auch die Eigentumspolitik, sowie die Verkehrspolitik; dies sind unmittelbare Voraussetzungen der Wirtschaft, doch machtpolitisch-rechtlich gesetzte Voraussetzungen, 2. Innere Sicherheit mit Zivil und Strafrecht, 3. Außenbeziehungen mit Friedenspolitik und Verteidigungspolitik, 4. Rechts- und Verfassungsentwicklung.

Aus diesen Unterscheidungen ergeben sich folgende Postulate an ein einheitlicheres Europa: 1. eine Vereinheitlichung der Bodenpolitik und des Eigentumsrechts in Europa sowie eine (soweit nötig) grenzüberschreitende Verkehrspolitik, 2. eine Vereinheitlichung des Zivil- und Strafrechts sowie der entsprechenden Polizeimaßnahmen, 3. eine Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, also eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die sowohl kostengünstiger wie im Einsatzfall effizienter wäre, 4. eine allmähliche Angleichung der Rechtssysteme sowie eine Abstimmung der nationalen Verfassungen mit einer gemeinsamen, wirklich demokratischen Verfassung Europas, von der wir mit der Ersatzverfassung des Lissabon-Vertrages (2007/2009) noch genauso weit entfernt sind wie mit dem 2005 am Votum der Franzosen und Niederländer gescheiterten Verfassungsentwurf. Selbstverständlich sind für einen wirk-

lich demokratischen Verfassungsprozess Volksabstimmungen in allen Nationen nötig. Derzeit droht die Gefahr, das Instrument Volksabstimmung für Verfassungsänderungen im Rahmen des Bestehenden (à la Schäuble) zu missbrauchen und dieses wichtige Instrument damit auf längere Sicht zu entschärfen.

Mir scheint eine politische Vereinheitlichung im soeben umrissenen Sinne unter den Bedingungen unproblematisch, dass mit ihr ein Zuwachs an Demokratie durch bereichsspezifische Wahlen verbunden ist und dabei zugleich die kulturelle Vielfalt der Nationen bzw. Regionen geschützt wird. Dazu später mehr.

Zur politischen Vereinheitlichung gehören auch gemeinsame europäische Wahlen und die Stärkung des europäischen Parlamentes, genauer der Teilparlamente für Wirtschaft, Politik, Kultur und Grundwerte. Allein durch die Differenzierung dieser Werte- und Sachebenen kommen eine europaweite Sachdiskussion und eine europäische Öffentlichkeit, genauer sachspezifische Öffentlichkeiten, zustande, selbst wenn die Abgeordneten national bzw. regional gewählt werden. Auf dieser politischen Ebene hätte die Einteilung Europas in etwa gleich große *Wahlregionen* Sinn. Diese könnten sich teilweise mit den Wirtschaftsregionen decken, jedoch nur tendenziell, ohne die noch weiter zu erläuternde Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Regionen wieder aufzuheben.

Oft wird argumentiert, dass durch die Regionalisierung die kleineren Staaten Europas mehr Gewicht gegenüber den großen bekommen sollen. Das dürfte schon für Dänemark etwa kaum zutreffen, sicher aber nicht für Luxemburg und Malta. Denn derzeit ist das politische Gewicht der kleinen Staaten weit überproportional, gemessen an ihrer Bevölkerung, eher eine Lock- und Beruhigungsprämie als eine gerechte Lösung. Die politischen Rechte der kleinen Staaten brauchen jedoch keineswegs länger überproportional zu sein, sofern sie einmal von deren kulturellem Schutz unterschieden werden.

Wie sich die Wahlregionen zu den Bundesländern in Deutschland sowie zu den Distrikten oder Provinzen in anderen Staaten

verhalten, sind Fragen der allmählichen Entwicklung. Immer aber müssen die politischen Einheiten von den wirtschaftlichen Regionen einerseits und den kulturellen Einheiten unterschieden werden. Darin bestünde der wesentliche Fortschritt.

### **Das kulturelle Europa als Einheit in der Vielfalt**

Die bedeutendsten kulturellen Einheiten Europas sind zweifellos nach wie vor die Nationen, wenn wir diese als den kulturellen Aspekt der Nationalstaaten verstehen. Und sie werden es noch lange bleiben, allen technokratischen Nur-noch-Europäern auf der einen Seite und Dialekt-Regionalisten auf der anderen Seite zum Trotz. Die Nationen nivellieren zu wollen, wie es in dem erwähnten Buch von Cohn-Bendit und Verhofstadt exemplarisch geschieht, ist vollkommen widersinnig (weshalb es denn auch in dem genannten Buch vage Absicherungsformulierungen bezüglich kultureller Vielfalt gibt). Dies würde Europa seiner historischen Farbenvielfalt und der emotionalen Beteiligung seiner Bevölkerung berauben. Die gefühlsmäßigen Bindungen gelten ganz überwiegend den Nationen als den sprachlichen und damit kulturellen Einheiten – wie jede Fußballmeisterschaft beweist (dies sogar, obwohl die Spieler inzwischen international käuflich sind).

Freilich gibt es hier viel zu diskutieren. Nicht nur weil die Schweiz, sofern wir sie hier mit in Betracht ziehen wollen, an drei großen europäischen Kulturen teilhat und sich als politisch-rechtliche Willensnation versteht (freilich mit einem ausgeprägten Nationalismus ausgestattet); nicht nur weil die Österreicher, wengleich seit Jahrhunderten Teil der gesamtdeutschen Kultur, auf ihre staatlich-politische und somit auch regional-kulturelle Eigenart mit Recht Wert legen, wie in abgeschwächtem Maße z.B. auch die Bayern und andere frühere Königreiche; nicht nur, weil es in vielen europäischen Staaten die anfangs erwähnten ernstesten separatistischen Bewegungen gibt, sondern auch, weil darüber hinaus unterhalb der national-sprachlichen Kulturen viele Lokalpatriotismen von erheblicher Emotionalität blühen.

Alles das soll keineswegs übergangen werden, wenn hier ein ausgesprochen kultureller Begriff von →*Nationen* gefasst wird, welcher letztlich auf die hochsprachlich abgegrenzten Kulturgemeinschaften abzielt. Ich betrachte die kulturelle, noch mehr als die politische Vereinheitlichung der Sprachnationen (zumal im ehemals kleinstaatlerisch zerklüfteten Deutschland) als große, nicht aufzugebende Kulturleistungen – wenn immer solche Vereinheitlichung ohne politischen Zwang von statten ging.

Es gibt kein ernsthaftes Entweder-oder von nationaler, also sprachgemeinschaftlich kultureller und regional-lokaler Identifikation. Jeder Mensch ist – freilich in verschiedenem Grade – mit mehreren Ebenen des Gemeinwesens emotional-kulturell identifiziert. Über die persönliche emotionale Identifizierung hinaus gibt es jedoch sozialpsychologische Kräfte, die noch lange die Nationen tragen werden. Dass diese Kräfte in den letzten beiden Jahrhunderten missbraucht wurden, um die Kulturvölker – sogar mit dem Argument der Kulturverteidigung – in entsetzliche Kriege gegeneinander zu führen, spricht nicht gegen ihre Berechtigung. „Usum non tollit abusus“ ist ein alter Rechtsgrundsatz: Missbrauch hebt den Gebrauch nicht auf.

Trotzdem sind die antinationalen Strömungen und Redeweisen heute in Deutschland groß in Mode, natürlich gestützt auf „unsere besondere Geschichte“ – als definiere diese sich allein durch die Katastrophengeschichte von zwölf Jahren. Dass die Weimarer Republik, trotz der europäischen „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges, wieder höchstes Ansehen in der Welt genoss, wie wir es heute vielleicht erst allmählich zurückgewinnen, wird verdrängt und mit ihr die besonderen Leistungen unserer Musiker, Künstler und Wissenschaftler, auch zur Zeit der deutschen politischen Kleinstaaterei. Viele Regionalisten wollen unklar zu dieser Kleinstaaterei zurück, viele „Weltbürger“ und „Europäer“ wollen auf der anderen Seite die verrufenen Nationen hinter sich lassen, in deren missbrauchten Namen bis in die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts die schlimmsten Kriege geführt wurden. Freilich ist dieses pauschale Misstrauen gegen Nation – auf-